

Sehr geehrter Vorsitzender Herr Dr. Reuter,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Stein!

Ich beginne mit einem Zitat – selbstverständlich mit entsprechender Quellenangabe -aus Goethe´s Faust 2, das trefflich auf unsere Haushaltssituation passt:

**„Wo fehlt’s nicht irgendwo auf dieser Welt?
Dem dies, dem das, hier aber fehlt das Geld...!“**

Wir haben viel vor! Wir beschließen heute einen Haushalt der hohe Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur vorsieht.

Allen, dem Haushalt zugrunde liegenden Investitionsprojekten hat die SPD-Kreistagsfraktion **zugestimmt**.

Wir verkennen dabei nicht, dass die Finanzierung all dieser Projekte für den Landkreis keine leichte Sache ist! Wir stehen vor der **großen Herausforderung, dies alles zu bewältigen!**

Denn, für den Haushalt 2011 wird deutlich, wie das Zitat schon sagt: „hier aber fehlt das Geld“!

Für die SPD geht es dabei insbesondere um drei Fragestellungen!

1. Wie hoch sind die Gesamtausgaben für die Investitionsprojekte?
2. Wie sieht die Einnahmesituation aus; insbesondere welche Einnahmen sind rückläufig?
3. Wie stellt sich die Finanzierung der Investitionsprojekte dar?

1. Zu den Investitionsausgaben:

Die Investitionen für das Haushaltsjahr 2011 beziffern sich auf rd. 17,2 Mio. Euro. Auch im vergangenen Haushaltsjahr beliefen sich die Investitionsausgaben schon auf 16,7 Mio. Euro.

Für den Hochbau ist im Jahr 2011 ein Betrag von rund 15 Mio. Euro veranschlagt. In den Jahren 2012 – 2014 kommen dann noch einmal fast 21 Mio. an Ausgaben auf uns zu.

Die wichtigsten Hochbauprojekte sind, die

- Erweiterung der Berufsschule III
- Sanierung Pestalozzischule und Dr. Albert-Liebmann-Schule
- Errichtung der 4. Realschule mit Turnhalle in Großostheim
- Brandschutztechnische Sanierung des Kreiskrankenhauses in Wasserlos
- Erweiterung und Umbau des Klinikums
- Aufbau der integrierten Rettungsleitstelle
- Neubau Atemschutzstrecke in Goldbach ab 2012

Nicht unerwähnt lassen möchte ich auch die Tiefbaumaßnahmen, die im Haushalt 2011 „nur noch“ mit 2,17 Mio. Euro veranschlagt sind.

Im Vorjahr (2010) betrug deren Ansatz noch knapp 4.5 Mio. Euro. Wir können allerdings wie jedes Jahr auf hohe Haushaltsreste zurückgreifen, die sich für das Haushaltsjahr 2011 auf 4,1 Mio. Euro belaufen. Diese haben sich gegenüber den Vorjahreszahlen um 400.000 Euro erhöht.

Die zweite Fragestellung:

2. Wie sieht die Einnahmesituation aus. Insbesondere welche Einnahmen sind im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig?

Dies ist ein wichtiges Thema für uns! Deutliche Worte sind hier angesagt, **denn** rückläufige Einnahmen sind eine Ursache für die **negative Entwicklung der Finanzsituation** des Landkreishaushalts!

Kommen wir zuerst zur größten Einnahmeposition im Landkreishaushalt, **der Kreisumlage**:

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist 2009 bei den Kommunen angekommen. In Folge ist die Umlagekraft des Landkreises deutlich gesunken! Dies führt zu erheblich niedrigeren Einnahmen aus der Kreisumlage, als dies in den vergangenen zwei Haushaltsjahren der Fall war.

Dies ist ein Grund für die Erhöhung der Kreisumlage um 2,8%. Leider profitieren wir kaum von dieser Erhöhung, da der Bezirk Unterfranken gleichzeitig seine Bezirksumlage erhöht. Fast der gesamte Betrag aus der Erhöhung geht an den Bezirk. Bei **2,4 % höherer Bezirksumlage sind 3,3 Mio. Euro mehr an den Bezirk abzuführen.**

Die Erhöhung der Bezirksumlage hat ihre Ursache in dem betragsmäßig gleichbleibenden Sozialhilfeausgleich nach Art 15 FAG. Die Staatsregierung hat trotz steigender Sozialausgaben **keinen Cent mehr** für die Bezirke übrig gehabt!

Zum Glück erhalten wir aufgrund der gesunkenen Umlagekraft höhere Schlüsselzuweisungen von 4 Mio. Euro. Zudem reduziert sich die

Krankenhausumlage um 400.000 Euro. So wird die Bezirksumlagen-Erhöhung einigermaßen kompensiert. Es bleiben dem Landkreis unterm Strich ca. 1 Mio. Euro zur Finanzierung der Investition.

Insgesamt sehen die Leistungen aus dem Finanzausgleich gar nicht so rosig aus. Nachdem im Haushaltsjahr 2010 die Finanzausgleichsleistungen um 0,8% gekürzt wurden, ist die diesjährige 1,1%ige Erhöhung nur die Wiederherstellung des alten Standes und zudem ein Tropfen auf den heißen Stein!

Für mich stellt sich das System des kommunalen Finanzausgleich immer wieder so dar, dass die Gelder in der Regel von der linken in die rechte Hosentasche wandern und umgekehrt.

Dies wird so lange der Fall sein, bis endlich der Finanzausgleich ordentlich erhöht wird und die Kommunen hinreichend mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet werden. Übrigens fordert dies die SPD-Landtagsfraktion schon seit vielen Jahren!

Nach dem Landesbankdesaster hat die SPD auch keinen durchschlagenden Erfolg für 2011 im Finanzausgleich erwartet.

Die Kommunen bluten für die Fehler der Staatsregierung!!

Einzig der Landkreis versucht, die Kommunen nicht maßlos zur Kasse zu bitten, daher ist, so wie es die Verwaltung beschreibt, eine **bedarfsnotwendige Erhöhung** der Kreisumlage erforderlich!

Aber: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landkreises hängt nicht ausschließlich von der Höhe der Kreisumlage ab. Nein, es wurden in der Vergangenheit auch Erstattungen und Zuschüsse von Bund sowie Freistaat zurückgefahren, die in der Landkreiskasse fehlen!

Hier ist die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für die Empfänger des Arbeitslosengeldes II anzuführen. Der Bund hat von Jahr zu Jahr durch die Veränderung von Berechnungsformeln die Erstattungsleistung reduziert. Bekamen wir 2005/2006 noch 29,1% an Erstattungen für die Kosten der Unterkunft, so sind es für das Haushaltsjahr 2011 nur noch 24,5%. In **Euro ausgedrückt**: Bekämen wir im Haushaltsjahr 2011 noch 29,1% an Erstattungsleistungen, könnte die Landkreiskasse um **ca. 500.000 Euro voller** sein. Insbesondere in den letzten drei Jahren hat der Bund Regelungen getroffen, die sich negativ auf die Haushalte der Kommunen auswirken. Dafür mache ich an erster Stelle die schwarz-gelbe Bundesregierung verantwortlich.

An dieser Stelle möchte ich für die SPD-Fraktion besonders betonen, dass wir gegen den Antrag des Landkreises auf Zulassung als Optionskommune gestimmt haben. Aus unserer Sicht würde uns die Option künftig mit weiteren Kosten in sechsstelliger Höhe belasten. Die in der Zwischenzeit in Aussicht gestellte Anschubfinanzierung reicht bei weitem nicht zur Deckung des Umstellungsaufwandes aus.

Die verantwortliche Wahrnehmung sozialpolitischer Aufgaben ist nach unserem Verständnis – gerade im Hinblick auf die hervorragende Arbeit in der bisherigen ARGE - auch in einem Jobcenter möglich.

Bis zum 31.03.2011 werden wir wissen, ob es zur Option kommt. Bis dahin hat das Staatsministerium für Arbeit und Soziales die Anträge der 16 bayerischen Kommunen, 13 davon sind Landkreise, geprüft.

Welche Einnahmen sind darüber hinaus rückläufig?

Rückläufig sind die Fördersätze bei den Straßenbaumaßnahmen! Vor wenigen Jahren gab es in der Regel noch Fördersätze von über 50% - 60% bis hin bei einzelnen Maßnahmen zu 70% aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Gerade in den letzten zwei Jahren ist auffällig, dass die Fördersätze unter 50% gefallen sind. Auch hier zieht man sich immer weiter aus der Finanzierung zurück!!!

Selbst bei den Schulbauten gehen die Förderleistungen zurück. Für die Erweiterung der Realschule Bessenbach gab es einen 40%igen Förderzuschuss. Für die Realschule Großostheim werden nur 37,5% Förderung gewährt. Bei gleicher Förderung hätten ca. 250.000 Euro mehr in die Landkreiskasse fließen können.

Auch die Übernahme der Kosten der Schülerbeförderung wurde von Jahr zu Jahr niedriger. Vom Freistaat werden seit Jahren nur noch ca. 60% der Schülerbeförderungskosten übernommen. (Erhöhung im FAG, aber auch steigende Ausgaben)

Damit sind wir wieder beim Zitat:

Hier aber fehlt das Geld!in diesem Fall in der Landkreiskasse!

Ein neues Gesetz wirft schon seine Schatten voraus. Der Gesetzesentwurf der Staatsregierung zum G8 befindet sich in der Verbandsanhörung. Der bayrische Städtetag kritisiert hier zu Recht den finanziellen Einbruch für die Kommunen bei der Finanzierung der Gymnasien. Insbesondere wird das Konnexitätsprinzip nur unzureichend umgesetzt. Der Bayerischer Städtetag ist der Auffassung: „Der Gesetzesentwurf orientiert sich an realitätsfernen Pauschalen.“ Er verweist auch darauf, dass nach dem Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP die Förderung kommunaler Schulen erhöht werden sollte. Zitat hierzu: „Dies war scheinbar nur ein leeres Versprechen.“

Diese Aufzählung ist mit Sicherheit nicht vollständig, aber sie zeigt, dass von allen Seiten an den Kommunalfinzen gekürzt wird.

Die dritte Frage lautet:

Wie finanzieren wir die Investitionsausgaben?

Es bleibt dem Landkreis nichts anderes übrig, als für die Finanzierung der Ausgaben Kredite in erheblichem Umfang aufzunehmen!

In der Summe sprechen wir hier von:

| | |
|---------------|---|
| 4,0 Mio. Euro | Haushaltseinnahmereste aus dem Vorjahr |
| 7,9 Mio. Euro | Neue Kreditaufnahmen im Kernhaushalt |
| 8,0 Mio. Euro | im Zweckverband RS Großostheim und |
| 1,1 Mio. Euro | im Wirtschaftsplan des Kreiskrankenhauses |

Dies sind insgesamt rund 21 Mio. Euro an möglichen Kreditaufnahmen für den „Gesamt- Landkreis Aschaffenburg“.

Unter Berücksichtigung der Tilgungen wird die Nettoneuverschuldung für den Gesamt-Haushalt rund **18 Mio. Euro** betragen.

Dies führt Ende des Jahres 2011 zu einem voraussichtlichen Gesamt-Schuldenstand von rund 74 Mio. Euro im Vergleich zu rund 56 Mio. Euro am 31.12.2010. Hier ist die Finanzierung des Zuschusses an die Stadt Aschaffenburg für die Staatliche Berufsoberschule von derzeit noch 900.000 Euro noch nicht enthalten.

(65 Mio. Euro Kernhaushalt zuzügl. RS-Zweckverband Bessenbach 9 Mio. Euro = 74 Mio. Euro)

Das ist absoluter Rekord für den Landkreis Aschaffenburg.

Auch die daraus entstehende Verpflichtung, die Tilgungsraten aufzubringen, wird uns in unserer Handlungsfähigkeit einengen. Die ordentliche Tilgung von Krediten ist für das Haushaltsjahr 2011 mit knapp 2,9 Mio. Euro angegeben. Der Ansatz für die darauf folgenden Jahre geht dann weiter in die Höhe: 2012: **3,17 Mio. Euro**, 2013: **3,64 Mio. Euro** und 2014: **4,2 Mio. Euro**. Hier sind noch **nicht** die Tilgungen in den Zweckverbänden und im Krankenhaus Wasserlos berücksichtigt.

Der Ergebnishaushalt wird genauso belastet, hier werden die Zinszahlungen gebucht. Dies sind im Kernhaushalt rd. 2,8 Mio. Euro. Leider sind im Haushalt trotz steigender Kredite und Tilgungen die Ansätze für die Zinszahlungen in den Jahren 2012 – 2014 nicht angepasst worden. Diese gehen genauso wie die Tilgungen nach oben.

Zum Haushalt des Jahres 2010 gab es erstmals Hinweise der Regierung von Unterfranken zur Entwicklung der Kreisfinanzen. Daraus möchte ich eine wesentliche Aussage zitieren:

„Die Bedeutung der notwendigen Investitionen in Bildung erkennt die Regierung an, aber die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises darf nicht aus den Augen verloren werden. Es ist kritisch zu hinterfragen, ob Investitionsmaßnahmen nicht nur wünschenswert, sondern auch zwingend notwendig sind.“

Entscheidend ist für die SPD-Kreistagsfraktion der letzte zitierte Satz:
Ja, die Investitionsprojekte sind für den Landkreis nicht nur wünschenswert, sondern zudem zwingend notwendig!

Trotzdem müssen wir damit rechnen, dass die gleichen mahnenden Worte die Landkreisverwaltung auch mit der Genehmigung zum Haushalt 2011 ereilen werden, da ja bekanntermaßen die Finanzlage unverändert ist!

Also eine ganz schwierige Situation.

Deshalb muss ich an dieser Stelle wiederholen:

Wir haben die Beschlüsse zu den Projekten mitgetragen und stehen verantwortlich dazu!

Die SPD-Fraktion stellt sich dem Risiko der hohen Verschuldung, trotz dem Wissen, dass sich die Einnahmesituation auch im Jahr 2012 noch nicht wesentlich verbessern wird. Denn, die Umlagekraft des Landkreises kann sich aufgrund des Gewerbesteueraufkommens 2010 unserer Kommunen nicht maßgeblich verändern.

Die Ergänzung des Beschlussvorschlags stellt für die SPD im Hinblick auf die Finanzsituation des Landkreises eine außerordentlich wichtige Auflage für die Haushaltsführung der Verwaltung dar. Damit sollen die Verbesserungen für den Haushalt durch Ausgabeminderungen oder Einnahmesteigerungen zur Reduzierung der Kreditaufnahmen eingesetzt werden.

Es gibt derzeit **nur eine** positive Wendung für die Kommunen Deutschlands. Wir können uns über das Ergebnis im Vermittlungsausschuss zum SGB II freuen!

Die Presse formuliert: Die Kommunen sind die Gewinner, weil der Bund die Kosten der Grundsicherung nach den SGB XII übernimmt.

Wenn dieses Ergebnis tatsächlich so umgesetzt wird, gibt es für den Landkreis doch einen ersten Lichtblick. Der Landkreis wird in drei Stufen von 2012 an entlastet. Das bedeutet, dass ab dem Jahr 2014 der Bund komplett die Kosten der Grundsicherung übernimmt.

Die Entlastung wird aus heutiger Sicht - nach meinen Schätzungen - in 2012 ca. 1,2 Mio. Euro, in 2013 ca. 2,0 Mio. Euro und dann für 2014 ca. 2,7 Mio. Euro betragen.

Dies ist insbesondere der Verdienst der Kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion, die durch konsequente Verhandlungen im Vermittlungsausschuss darauf hingewirkt haben.

Diese Entlastung ist für die Kommunen **ganz dringend** notwendig.

Denn der Sozialhaushalt stellt auch hier für unseren Landkreis eine große finanzielle Herausforderung dar. Man muss im Fokus haben, dass der Sozialhaushalt mit der Jugendhilfe zusammen ca. 17% des Ergebnishaushalts ausmacht. Die ordentlichen Aufwendungen betragen derzeit für diesen Bereich rund 22,5 Mio. Euro mit steigender Tendenz.

Für die nächste Zukunft, möchte ich noch einen Ausblick auf wichtige Themen der SPD-Kreistagsfraktion geben:

Reduzierung des Energieverbrauchs in den Liegenschaften des Landkreises. Hier gibt es nach wie vor großes Einsparpotential und ein Pilotversuch zum Energie-Contracting ist aus unserer Sicht längst überfällig!

Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren bzw. der Kreisbrandinspektion im Landkreis mit Schaffung einer Stelle aus dem Freiwilligen Sozialen Jahr. Diese kann für die Nachwuchswerbung und Jugendarbeit sehr förderlich sein. Dies haben wir schon im Jahr 2009 beantragt. Die Stelle ist jetzt im Haushalt 2011 berücksichtigt worden. Jetzt geht es nur noch um die praktische Umsetzung!

Umsetzung des neuen Bildungs- und Teilhabepakets, insbesondere der Ausbau der Schulsozialarbeit an den Landkreisschulen mit Hinweis des Bedarfs auf eine ganze Stelle für Schulsozialarbeit an der Berufsschule III.

Wir haben an der weiteren Verbesserung unseres jetzt schon hervorragenden Abfallsammelsystems Interesse. Daher haben wir um Über-

prüfung gebeten, ob sich eine Wertstofftonne in das Sammelsystem des Landkreises wirtschaftlich integrieren lässt.

Wichtig ist uns auch die Deponienachsorge auf der Deponie Stockstadt. Hier müssen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse abgefragt werden. Wir wollen hier eine optimale und zukunftssichere Lösung verwirklichen. Gründlichkeit in der Analyse und Vorbereitung geht uns hier vor Schnelligkeit. Inzwischen gibt es sicherlich ganz neue Lösungsansätze, die sich auch auf die Kosten der Deponienachsorge auswirken können!

Wir stehen für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den negativen Umwelteinflüssen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Erweiterung des Kraftwerks Staudinger. Dies bedeutet für uns entweder die Klageerhebung des Landkreises gegen die 1. Teilgenehmigung des Regierungspräsidenten in Darmstadt oder der Anschluss an die Gemeinschaftsklage der Städte Alzenau, Hainburg und Hanau.

Wir werden diese Themen im Interesse unsere Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich und nachdrücklich verfolgen!

Die SPD-Kreistagsfraktion bedankt sich an dieser Stelle bei der Landkreisverwaltung insbesondere dem Kreiskämmerer, Herrn Stein für die gute Zusammenarbeit.

Die SPD-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen in der vorgelegten Form zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.